

## Stellungnahme

*Novellierung der Allgemeinen Gruppenfreistellungsverordnung (AGVO)*

*durch die Europäische Kommission*

Der Verband der Öffentlichen Wirtschaft und Gemeinwirtschaft Österreichs (VÖWG) bedankt sich für die Möglichkeit zur Stellungnahme zum vorliegenden Entwurf der Überarbeitung der AGVO. Untenstehend finden Sie unsere zentralen Anliegen und Anmerkungen.

### **Freistellung von Investitionsbeihilfen für Lade- und Tankinfrastruktur**

Grundsätzlich begrüßen wir die Freistellung von Investitionsbeihilfen für Lade- und Tankinfrastruktur. In diesem Zusammenhang erachten wir allerdings die Definition von erneuerbarem Wasserstoff nach Art 2 Z 102c des Entwurfes als problematisch:

*„Wasserstoff, der gemäß [Verweis auf den delegierten Rechtsakt der GD ENER nach Artikel 28 der EER II] **ausschließlich** aus erneuerbaren Energiequellen hergestellt wird;“*

Einerseits wird in dieser Ziffer auf einen delegierten Rechtsakt verwiesen, der noch nicht veröffentlicht und daher auch nicht in Kraft ist, was zu erheblicher Rechtsunsicherheit führt. Das bedeutet, dass die Definition von erneuerbarem Wasserstoff in dem genannten delegierten Rechtsakt so erfolgen könnte, dass bspw. Wasserstoff, der bereits von Öffentlichen Verkehrsunternehmen für den Betrieb ihrer Busse verwendet wird, möglicherweise nicht als erneuerbar zu qualifizieren ist.

Der derzeitige Entwurf sieht vor, dass für strombasierten Wasserstoff der Kohlenstoffgehalt vom Grenzkraftwerk herangezogen wird. Als Grenzkraftwerk gilt jene Anlage, die in der Strom-Spotauktionierung (Merit-Order-List) den teuersten Preis hat. Somit sprechen wir von der teuersten Anlage, die in den einzelnen Viertelstunden in der Gebotszone Österreich in Betrieb ist, wenn die Elektrolyseanlage läuft. Leider stehen uns hierfür für Österreich keine Daten zur Verfügung, um welche Grenzkraftwerke es sich handelt. Im Durchschnitt sind Grenzkraftwerke über das Jahr hinweg generell Kraftwerke, die mit fossilen Brennstoffen betrieben werden (in Österreich z.B. Erdgas). Nur unter Annahme des Szenarios, dass die Elektrolyseanlage zu bestimmten Stunden betrieben wird, zum Beispiel bei niedriger Stromlast bei gleichzeitig hoher Erzeugung aus erneuerbaren Energien, würde es möglich sein, diese Bedingungen zu erfüllen. Es wird aber damit gerechnet, dass die Elektrolyseanlage durchgehend in Betrieb (24/7) ist, wodurch es nicht möglich sein wird, derartige Einsparungen (73,4 %) auf Basis von CO<sub>2</sub>-Emissionen der Grenzkraftwerke nachzuweisen. Für die Definition von CO<sub>2</sub>-armem Wasserstoff ist es folglich wichtig, dass stattdessen die Herkunftsnachweise (Stromkennzeichnung) herangezogen werden.